

**Niederschrift öffentlicher Teil**  
**Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und**  
**Forst**

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Donnerstag, 28.05.2026
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	19:10 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Sitzungssaal des Rathauses Rosengasse

---

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

---

Vorsitzende(r)

---

Schriftführer

Anwesend sind:Oberbürgermeister

Herr Dirk Meid	SPD
----------------	-----

Bürgermeister

Herr Bernhard Mael	CDU
--------------------	-----

Mitglieder

Herr Ulrich Bilger	FWM
Frau Marion Falterbaum	CDU
Herr Max Göke	CDU
Herr Michael Helsper	FWM
Herr Patrick Müller	CDU
Herr Jan Paul Schüller	CDU
Herr Rolf Spurzem	SPD
Frau Manuela Wange	FWM
Herr Werner Weber	CDU

stellv. Mitglied

Herr Ekkehard Raab	FDP	Vertretung für Herrn Thomas Hürter
Herr Martin Seul	Bündnis 90/ Die Grünen	Vertretung für Michaela Lukas
Herr Michael Sexauer	Bündnis 90 / Die Grünen	Vertretung für Frau Anne Schnütgen
Herr Sven Weber	SPD	Vertretung für Herrn Oliver Schick

Von der Verwaltung

Herr Horst Helmes
-------------------

Schriftführerin

Frau Sabine Moog
------------------

Es fehlt / fehlen:Mitglieder

Herr Thomas Hürter	FDP
Frau Michaela Lukas	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Oliver Schick	SPD
Frau Anne Schnütgen	Bündnis 90 / Die Grünen

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Ausschussmitglied Helsper weist darauf hin, dass es sich bei dem TOP 3 um einen gemeinschaftlichen Antrag der FWM und dem Bündnis 90/ Die Grünen handelt.

Ausschussmitglied Sexauer teilt mit, dass Martin Seul als ordentlicher Vertreter von Anne Schnütgen gewählt aber noch nicht vom Sitzungsdienst erfasst wurde und somit keine Einladung erhalten hat.

### **Tagesordnung:**

- 1            Niederschrift der letzten Sitzung
- 2            Mitteilungen der Verwaltung
- 2.1        Bericht über die Ausführung gefasster Beschlüsse und Beantwortung von Anfragen
- 3            Antrag der FWM Fraktion
- 3.1        Einberufung und Durchführung einer Sitzung des Ausschusses für Umwelt-, Klimaschutz, Verkehr und Forst  
Antrag: AN/0453/2026
- 3.1.1      Baumsatzung der Stadt Mayen
- 3.1.2      Ausgestaltung der kommunalen Klimaanpassung
- 3.1.3      Neuregelung der Zusammenarbeit mit der Initiative Pro Rad
- 4            Anfragen nach §33 GemO bzw. § 19 GeschO

### **Protokoll:**

#### **zu 1    Niederschrift der letzten Sitzung**

Es wurden keine Einwände gegen die Niederschrift der letzten Sitzung erhoben. Insofern gilt diese in der vorgelegten Form als genehmigt.

#### **zu 2    Mitteilungen der Verwaltung**

#### **zu 2.1   Bericht über die Ausführung gefasster Beschlüsse und Beantwortung von Anfragen**

Es wird festgestellt, dass der ausstehende Bericht der vorangegangenen Sitzung nachzuholen ist.

#### **zu 3    Antrag der FWM Fraktion**

Der Tagesordnungspunkt ist entsprechend des Hinweises, der zur TO erfolgte, zu korrigieren in „Antrag der FWM Fraktion / Bündnis 90/Die Grünen“.

#### **zu 3.1   Einberufung und Durchführung einer Sitzung des Ausschusses für Umwelt-, Klimaschutz, Verkehr und Forst Antrag: AN/0453/2026**

Aus den Reihen der Ausschussmitglieder wird darauf hingewiesen, dass zuletzt zwei Sitzungen in Folge ausgefallen sind. Angesichts der ausreichenden Anzahl an Themen wird angeregt, künftig höchstens eine Sitzung in Folge entfallen zu lassen.

Des Weiteren wird eine zügigere Bearbeitung und ein schnellerer Abschluss der Windkraftanlagenverträge gewünscht.

### **zu Baumsatzung der Stadt Mayen**

#### **3.1.1**

Der Vorsitzende erteilt den Antragstellern das Wort.

Es schließt sich eine rege Diskussion an, in deren Verlauf die Anwesenden ausreichend Gelegenheit erhalten, ihre jeweiligen Standpunkte darzulegen.

Kritisch betrachtet wird die Einführung einer Baum- bzw. Baumschutzsatzung insbesondere im Hinblick auf den damit verbundenen Verwaltungsaufwand. Dieser würde insbesondere dadurch entstehen, dass Privatpersonen für Baumfällungen entsprechende Anträge stellen müssten.

Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, dass Baumfällungen im öffentlichen Bereich, etwa im Zusammenhang mit Ausbaumaßnahmen, bereits im Rahmen der jeweiligen Beschlussfassungen berücksichtigt werden können.

Als wesentliches Argument für die Einführung einer Baum(schutz)satzung wird der Klimaschutz angeführt. In diesem Zusammenhang wird jedoch auch die Frage aufgeworfen, ob alternative Maßnahmen möglicherweise besser geeignet wären, die angestrebten Ziele zu erreichen.

Abschließend wird festgehalten, dass die Befürworter einer entsprechenden Satzung einen Antrag auf deren Aufstellung und Beschlussfassung stellen können. Dabei sollten die vorgesehenen Regelungsinhalte der Satzung konkret benannt werden. Ferner wäre im Rahmen der Beschlussfassung durch den Stadtrat darzulegen, wie die mit der Satzung verbundenen Verwaltungskosten unter Berücksichtigung der aktuellen Haushaltslage gedeckt werden sollen.

### **zu Ausgestaltung der kommunalen Klimaanpassung**

#### **3.1.2**

Im Rahmen der Diskussion wird insbesondere hervorgehoben, dass die Klimaanpassung eine gebietsübergreifende Aufgabe darstellt, die auf Ebene des Landkreises behandelt werden sollte. Die Ausgestaltung entsprechender Maßnahmen könne aufgrund fehlender übergeordneter Rahmenbedingungen nicht allein auf kommunaler Ebene erfolgen. Vielmehr wird die Auffassung vertreten, dass die Erarbeitung entsprechender Konzepte als gemeinschaftliche Aufgabe des Landkreises und der kreisangehörigen Kommunen erfolgen sollte.

Weiterhin wird angeregt, geplante Maßnahmen zur Klimaanpassung, wie beispielsweise bei der Erstellung des Hochwasserschutzkonzeptes, in einem Maßnahmenkatalog zu erfassen und deren Umsetzung in Abstimmung mit dem Ausschuss zu begleiten.

Darüber hinaus wird die Einrichtung einer Frage-Antwort-Plattform für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt angeregt. Dort eingehende Fragen könnten im Ausschuss aufgegriffen und beantwortet werden.

### **zu 3.1.3 Neuregelung der Zusammenarbeit mit der Initiative Pro Rad**

Es wird vorgeschlagen, dass der Arbeitskreis Radverkehr der Stadt Mayen etwa zweimal jährlich gemeinsam mit der Verkehrsbehörde aktuelle Fragestellungen erörtert. Im Rahmen seines Antrags- und Vorschlagsrechts könnten dabei relevante Angelegenheiten in den Ausschuss eingebracht, beraten und nach Möglichkeit Lösungsansätze entwickelt werden.

Dabei wird darauf hingewiesen, dass es sich bei verkehrsrechtlichen Angelegenheiten grundsätzlich um Auftragsangelegenheiten handelt. Entscheidungen hierüber fallen in die Zuständigkeit der zuständigen Verkehrsbehörden und sind nicht durch den Stadtrat zu beschließen. Den kommunalen Gremien stehen insoweit keine Entscheidungskompetenzen im Bereich des staatlichen Ordnungsrechts zu.

Ferner wird angeregt, dass die Initiative Pro Rad Ideen und Anregungen einbringen kann, die anschließend im Ausschuss beraten und weiterentwickelt werden.

Abschließend wird festgehalten, dass sich der Ältestenrat mit einer Neuregelung der Zusammenarbeit mit der Initiative Pro Rad befassen und hierzu einen Lösungsvorschlag erarbeiten soll.

### **zu 4 Anfragen nach §33 GemO bzw. § 19 GeschO**

Wie bereits unter TOP 3.1 festgehalten, wird um einen Sachstandsbericht zum Abschluss der Verträge im Zusammenhang mit den Windkraftanlagen gebeten.

Darüber hinaus soll über den kommunalen Klimapakt berichtet werden. In diesem Zusammenhang wird um eine Darstellung der finanziellen Auswirkungen unter Berücksichtigung der bislang erbrachten Leistungen gebeten.

Ferner wird darauf hingewiesen, dass am 27.08.2026 eine Begehung des städtischen Friedhofs stattfinden soll. Eine schriftliche Einladung hierzu wird den Ausschussmitgliedern rechtzeitig zugehen.